Jürgen Weitzel

Gerichtsöffentlichkeit im hoch- und spätmittelalterlichen Deutschland

I. Bedeutung und Funktion der Gerichtsöffentlichkeit

„Unter gericht denken wir uns heutzutage vorzugsweise entscheidung der rechtsstreite oder bestrafung der verbrechen. Ursprünglich überwog aber die vorstellung von volksversammlung (consilium), in welcher alle öffentlichen angelegenheiten der mark, des gaus und der landschaft zur sprache kamen, alle feierlichkeiten des unstreitigen rechts... vorgenommen, endlich auch alle zwistigkeiten beurteilt und bußen erkannt wurden. Heute bilden die richter, damals bildeten die zusammengekommenen freien männer den kern des gerichts.“ Mit diesen Sätzen leitet Jacob Grimm das dem Gericht gewidmete 6. Buch seiner „Rechtsaltertümer“ ein¹. Mit ihrer Akzentsetzung auf der „Volksversammlung“ und den „freien Männern als Kern des Gerichts“, auch den „Feierlichkeiten des unstreitigen Rechts“ und den „öffentlichen Angelegenheiten“, die dort zur Sprache kamen, vermitteln sie ein eindrucksvolles Bild vom deutschen Gericht des Mittelalters, das wir noch heute in den Grundzügen teilen². Das Gericht war, wie es die Wortgruppe um*mal, mahal belegt, der Ort des Gesprächs³. Dieses Gespräch war sicher oft ein Streitiges, doch überwiegt die Akzentsetzung auf „Gespräch“. Das Gerichtsverfahren ist im Kern eine durch Zwangselemente angereicherte Sühneverhandlung, nicht durch Kampfesregeln gemilderte Fortsetzung der blutigen Fehde innerhalb der Gerichtsschranken. Es gab den gerichtlichen Zweikampf, doch charakterisierte dieser weder anfänglich den gerichtlichen Austrag der Sache, noch wurde er für das gerichtliche Verfahren entwicklungsbestimmend. Insofern die Gerichtsversammlung als eine Erscheinungsform der Volksversammlung zu verstehen ist, wird man sie in weltlichen Angelegenheiten als die Form öffentlicher, nämlich Allgemeinheit bildender und auf Allgemeingeltung der getroffenen Beschlüsse zielender Kommunikation schlechthin zu werten haben.

¹ *Jacob Grimm*, Deutsche Rechtsaltertümer, Bd. 2 (Leipzig 41922) 351.

² *Helmut Hillmann*, Das Gericht als Ausdruck deutscher Kulturentwicklung im Mittelalter (Heidelberg 1930); *Jürgen Weitzel*, Dinggenossenschaft und Recht (Köln 1985).

³ *Grimm*, (Anm. 1) 352; *Ruth Schmidt-Wiegand*, Mahal, Mahlstatt, in: Handwörterbuch zur deutschen Rechtsgeschichte (HRG) Bd. 3, 150; *dies.*, Mallus, mallum, aaO. 217.

Ort und Verfahren der Aussprache unter den Gerichtsgenossen sind in mehrfacher Hinsicht „offen“ oder öffentlich⁴. Zunächst: Das Gericht tagte bekanntlich zumeist unter freiem Himmel, jedenfalls an einem allgemein zugänglichen Ort⁵. Jeder Standesgenosse, gleich ob er als Urteiler fungieren sollte oder nicht, hatte dort freien Zugang. Auch andere Personen hatten Zugang, waren jedoch verpflichtet, einen gebührenden Abstand von den Schranken zu halten. Selbstverständlich durfte der Standesgenosse auch zum gebotenen Ding erscheinen, nur traf ihn insoweit keine Pflicht. So blieb der Umstand, ursprünglich Teilhaber am Verfahren durch konsensstärkendes Folgeurteil, jedenfalls im Gericht des landrechtlichen Typs bis weit in die frühe Neuzeit hinein eine vielköpfige Zeugen- und Zuschauerschar.

Das Gericht mußte nicht nur am rechten Ort, sondern auch zur rechten Zeit stattfinden⁶. Beim echten, ungebotenen Ding standen die Termine kraft Rechtsgeohnheit fest. Meist waren es zwei oder drei pro Jahr. Generell waren zudem Gerichtsverhandlungen nur am Tage, zwischen Sonnenaufgang und Sonnenuntergang, zulässig. Entsprechendes galt für gerichtliche Handlungen außerhalb des Termins, wie Ladung, anfänglich Beweisführung und Vollstreckungsmaßnahmen (Pfandnahme, Vollzug peinlicher Strafen).

Dem Anspruch nach ging die Öffentlichkeit des Gerichts dahin, daß „es hier nichts zu verbergen gab und alles mit rechten Dingen zugeht“⁷. Ob man freilich diesen Anspruch im Sinne einer „Heilwirkung der Öffentlichkeit“ im moralisch-symbolischen Sinne überhöhen sollte, wie dies Foucault⁸ und im Anschluß an ihn Hölscher getan haben, erscheint mir zweifelhaft. Foucault schreibt: „Bis zum 17. Jahrhundert kann das Böse in all seinen gemeinsten und unmenschlichsten Ausmaßen nur aufgehoben und bestraft werden, wenn es an die Öffentlichkeit gebracht wird. Allein das Licht der Öffentlichkeit, in dem das Geständnis gemacht und die Strafe ausgeführt wird, kann die Dunkelheit ausgleichen, aus der das Böse kommt.“ Und doch gab es die nicht-öffentliche Beichte, das *forum internum*, die im Bewußtsein des mittelalterlichen Menschen ebenso präsent waren wie die Öffentlichkeit des weltlichen Gerichts⁹. Seit dem 13. Jahrhundert sind zudem Einbrüche auch in die Öffentlichkeit des weltlichen Verfahrens zu verzeichnen. Und dies nicht nur in der Feme, den „heimlichen Gerichten“, die als verfassungs- und verfahrensrechtliche Sonderentwicklung ohne Zukunft waren. Angesprochen

⁴ Vgl. Lucian Hölscher, Öffentlichkeit und Geheimnis. Eine begriffsgeschichtliche Untersuchung zur Entstehung der Öffentlichkeit in der frühen Neuzeit (Stuttgart 1979) 14 ff. Aus der älteren Literatur Wilhelm Kahl, Öffentlichkeit und Heimlichkeit in der Geschichte des deutschen Strafverfahrens, in: Internationale Wochenschrift für Wissenschaft, Kunst und Technik 1908, 290–310; Peter Paul Alber, Geschichte der Öffentlichkeit im deutschen Strafverfahren (Berlin 1974).

⁵ Grimm, (Anm. 1) 411 ff.

⁶ Grimm, (Anm. 1) 438 ff.

⁷ Hölscher, (Anm. 4) 15 ff.

⁸ Michel Foucault, Wahnsinn und Gesellschaft (Frankfurt 1973) 136.

⁹ Vgl. auch Hölscher, (Anm. 4) 23 ff., der damit seinen Ausführungen 15 f. widerspricht.

sind vielmehr die städtische Ratsgerichtsbarkeit und das allgemeine Kriminalverfahren, dessen Geständnis entgegen Foucault gerade nicht in der Öffentlichkeit abgelegt wurde.

Entscheidend und durchgängig charakterisierend ist in diesen Zusammenhängen vielmehr ein anderer Umstand: Es fehlt dem Mittelalter an moderner Staatlichkeit, an allgegenwärtiger Administration, an Strafverfolgungsbehörden, an ständigen, bürokratisch organisierten Gerichten, deren urteilendes Personal als Teil eines rechtlichen Zwangsapparates von den Gerichtsgenossen, die seit dem hohen Mittelalter nur punktuell und ganz allmählich zu Gerichtsunterworfenen werden sollten, abgehoben gewesen wäre. Es fehlte insbesondere die Verpflichtung der urteilenden Menschen auf eine staatlich gesetzte Rechtsordnung. Das Recht existierte typischerweise in der Form von Rechtsgewohnheiten, die in lokalen, regionalen und personalen Rechtsgemeinschaften lebten, von ihnen ohne spezifisch herrschaftliche Beeinflussung gehandhabt und fortgebildet wurden. In diesem Umfeld ist die Öffentlichkeit des Gerichts nicht Kontrolle oder Veranschaulichung des Funktionierens staatlicher Justizbehörden durch oder für das Volk, sondern Selbstverwaltung des Rechts durch die jeweils betroffene Gemeinschaft unter dem nur verfahrensleitenden Vorsitz eines Herrn, des Richters. Öffentlichkeit des Gerichts meint also in einem ganz elementaren und bis hin zur fehlenden Begrifflichkeit¹⁰ selbstverständlichen Sinne die Wahrnehmung eigener Angelegenheiten der jeweiligen Rechts- und Gerichtsgemeinde durch diese selbst in der Weise eines allgemein zugänglichen, gewissen Formen unterliegenden Gesprächs¹¹.

Und die Rechtsgemeinschaft hatte ein unmittelbares Interesse an der Aufrechterhaltung des Friedens in ihren Reihen. Es mußten also Unklarheiten, die zu Streitigkeiten und Fehde geführt hatten, beigelegt werden. Das konnte nur unter Druck, zunächst einmal dem Druck der Rechtsgemeinschaft, hilfsweise dem des Richters, geschehen. Gleichzeitig mußte innerhalb der – möglicherweise infolge des Konfliktes selbst zerstrittenen – Rechtsgemeinschaft ein Konsens herbeigeführt werden. Dies konnte nur „öffentlich“ gelingen. Zugleich bestand ein höchstes Interesse daran, daß relevante Rechtsverhältnisse allgemein bekannt und sicher seien. Hieraus erwuchs der weite, nur zu oft unterschätzte Bereich der „feierlichkeiten des unstreitigen rechts“, insonderheit die auf Gerichtsöffentlichkeit angewiesene Übertragung von Grundbesitz. Kein Staat, keine Behördenorganisation entlastete die Gemeinschaft. Auf die „da oben“ konnte man sich allenfalls gegenüber den Anmaßungen fremder Herren verlassen¹², nicht aber zur Bewältigung der internen Konflikte.

Die soziale Komponente der Gerichtsöffentlichkeit klang bereits an. Die Öffentlichkeit des mittelalterlichen Rechtswesens ist bezogen auf Anwesenheits-

¹⁰ Hölscher, (Anm. 4) 11–14.

¹¹ Weitzel, (Anm. 2) passim; ders., Deutsches Recht, in: Lexikon des Mittelalters Bd. 3, 777–781; ders., Gerichtsverfahren, germ. und dt. Recht, ebd. Bd. 4, 1333–1335.

¹² Otto Brunner, Land und Herrschaft (Wien 1965) 252 ff., 263; André Holenstein, Die Huldigung der Untertanen (Stuttgart 1991) 361 f.

und Mitwirkungsrecht, ja Anwesenheits- und Mitwirkungspflicht der vollwertigen, in ihrem Recht nicht geminderten Dinggenossen. Andere Personen waren nicht aus eigenem Recht zur Rede und Stimmabgabe befugt. Insgesamt gesehen sind die im späten Mittelalter ständisch geprägten Gerichtszuständigkeiten und die Modalitäten der Entscheidungsfindung in je verschiedenen Rechtslandschaften und Spruchkörpern zu vielgestaltig, als daß hier auf Beschränkungen des Öffentlichkeitscharakters des gerichtlichen Verfahrens durch die ständisch-soziale Komponente des mittelalterlichen Rechtslebens näher eingegangen werden könnte. Einige Punkte sollen schlicht konstatiert werden.

Erstens: Auch Unfreie können vollwertige Dinggenossen sein, nämlich im Gericht ihres Rechtskreises, dem Hofgericht der Grundherrschaft¹³.

Zweitens: Die Schöffenverfassung ist nicht zu dem die Entscheidungsfindung an deutschen Gerichten schlechthin prägenden Modell geworden¹⁴. Es gibt in weiten Teilen Mitteleuropas daneben die urteilende Gesamtgemeinde und den offenen, ad hoc bestimmten Urteilerkreis, der weniger stark von der Gerichtsgemeinde abgehoben ist. Selbst das Schöffengericht hat sich nur ausnahmsweise und punktuell gegenüber der Gerichtsgemeinde als Spruchkörper und als Sozialgebilde mit Exklusivitätsanspruch verselbständigt.

Drittens: Im Institut der Urteilsschelte blieb die Möglichkeit eines jeden Dinggenossen, auch des nicht zur Urteilsfindung bestellten, auf die Entscheidung Einfluß zu nehmen, grundsätzlich bis zum Ausgang des Mittelalters erhalten¹⁵.

Es soll im Hinblick auf das Gesamtthema der Tagung die fränkisch-deutsche Gerichtsöffentlichkeit in ihrem Verhältnis zur Gerichtsöffentlichkeit in Südeuropa, vornehmlich in Italien, näher charakterisiert werden. Die Gerichtsöffentlichkeit Mitteleuropas ist über das fränkisch-deutsche Entscheidungsmodell der Dinggenossenschaft¹⁶ als Teilhabe am Prozeß der Entscheidungsfindung zu verstehen. Sie soll das konsensbildende und -stärkende Miturteilen der Versammelten ermöglichen. Auf den Konsens der Versammelten kommt es deshalb entscheidend an, weil das Recht nicht als Produkt von Herrschaft gedacht wird und grundsätzlich als Rechtsgewohnheit¹⁷ der autoritativen Fixierung in Schriftform ermangelt. Die Dinggenossenschaft korrespondiert damit den im wesentlichen nichtschriftlichen Kommunikationsformen des Mittelalters nördlich der Alpen. Die Grenz-

¹³ Weitzel, (Anm. 2) 662 ff., 716 ff.

¹⁴ Weitzel, (Anm. 2) 130–136, 530, 571 ff., 603 ff.; ders., Schöffe, -ngericht, in: Lexikon des Mittelalters Bd. 7, 1514–1516.

¹⁵ Jürgen Weitzel, Über Oberhöfe, Recht und Rechtszug (Göttingen 1981) 4–19; ders., (Anm. 2) 116–124.

¹⁶ Weitzel, (Anm. 2) 56 ff., 89, 97; vgl. auch Holenstein, (Anm. 12) 175 ff.; Friedrich Battenberg, Dinggenossenschaftliche Wahlen im Mittelalter, in: Wahlen und Wählen im Mittelalter, hrsg. von Reinhard Schneider und Harald Zimmermann (Sigmaringen 1990) 271–321 mit Belegen für Glockengeläut bei Wahl und Einsetzung von Gerichtspersonen im 15. und 16. Jahrhundert (316); ders., Herrschaft und Verfahren. Politische Prozesse im mittelalterlichen Römisch-Deutschen Reich (Darmstadt 1995) 4 f., 11 ff. und öfter.

¹⁷ Vgl. Gerhard Dilcher u. a., Gewohnheitsrecht und Rechtsgewohnheiten im Mittelalter (Berlin 1992).

linie zwischen *droit coutumier* und *droit écrit* folgt im Mittelalter in etwa einer Linie von Triest über Trient nach Genf und von dort quer durch Frankreich zur Ile d'Oléron¹⁸. Die Gebiete des *droit écrit* stehen in einer bis in die Antike zurückreichenden ungebrochenen Tradition der Existenz und des Gebrauchs schriftlichen Rechts. Die bisherigen Erkenntnisse sprechen dafür, daß mit dieser Tradition auch das Verständnis des Rechts als eines autoritativen, von Herrschaftsträgern verwalteten und in seiner innersten Absicht kontrafaktischen Normengefüges¹⁹ im Kern erhalten geblieben ist. Die für Italien und Südfrankreich vom 8. bis zum 12. Jahrhundert bezeugten Formen der Urteilsfindung weisen zwar teilweise eine äußere Funktionsteilung zwischen Richter und Urteilern auf, belegen jedoch nicht, daß dort allgemein Urteil (Erkenntnis) und Rechtszwang (Gebot des Urteils) dem inneren Verständnis nach als getrennte Erscheinungen verstanden worden wären²⁰. Die Gerichtsverfassung bis zum Jahre 1100 weist von Region zu Region unterschiedliche Ausgestaltungen auf. Grundsätzlich aber ist nach italienischem Verständnis auch der vorsitzende Richter Rechtskundiger und (beratener) Miturteiler. Professionalität spielt bei ihm und bei den Beisitzern verschiedenster Gestalt eine viel bedeutendere Rolle als nördlich der Alpen. Nicht umsonst gewinnt dann um 1100 der ältere Gerichtsbrauch der Romagna, der nicht zwischen Richter und Urteilern schied, an Verbreitung und setzt sich im Zuge der Renaissance der gelehrten Rechte allgemein durch.

All dies meint nur den Charakter, Ziel und Zweck von Gerichtsöffentlichkeit. Die Öffentlichkeit des Gerichts als solche – aus politischen oder Beweisgründen – ist auch für Italien und Südfrankreich vielfach bezeugt²¹. Insgesamt dürfte sie je-

¹⁸ John Gilissen, *Introduction historique du droit et à l'ethnologie juridique* (Brüssel 1979) 165, 241; Weitzel, (Anm. 2) 151 f., 331 ff.

¹⁹ Zur Diskussion um die Struktur des mittelalterlichen Rechts vgl. (Anm. 17) sowie Gerhard Dilcher, *Oralität, Verschriftlichung und Wandlungen der Normstruktur in den Stadtrechten des 12. und 13. Jahrhunderts*, in: *Pragmatische Schriftlichkeit im Mittelalter*, hrsg. von Hagen Keller, Klaus Grubmüller und Nikolaus Staubach (München 1992) 9–19.

²⁰ Weitzel, (Anm. 2) 1086 ff., 1118 ff., 1122 f. m.w.H.; zur parallel liegenden Problematik im Bereich der Kanonistik 1132 ff. – Gerhard Dilcher, *Die Entstehung der lombardischen Stadtkommune* (Aalen 1967) 172 f. hat m.E. auf derselben von Julius Ficker gelegten Quellengrundlage der Vielgestaltigkeit der älteren Verhältnisse und dem Unterschied von „germanisch“ geprägtem äußerem Erscheinungsbild und antik geprägtem Verständnis in der Sache, den noch Ficker betonte, zu wenig Rechnung getragen. – Hagen Keller hat in der Diskussion meines Beitrags „Die Konstituierung der Gemeinde aus der Rechtstheorie“ (in: *Peter Blickle* [Hrsg.], *Theorie der Gemeindebildung*) die Ansicht geäußert, auch das italienische Gerichtsverfahren des Hochmittelalters sei „dinggenossenschaftlich“ strukturiert. In der damals kurz bemessenen Zeit hat er eine nähere Begründung dafür nicht gegeben. – Der Fragenkreis bedarf, ebenso wie das parallel liegende Verständnis von Schriftlichkeit und Entscheidungsfindung im vorklassischen italienischen Kirchenrecht, einer detaillierten Aufarbeitung, die hier nicht geleistet werden konnte.

²¹ Karin Nehlsen-v. Stryk, *Die boni homines des frühen Mittelalters* (Berlin 1981) 105–169, wo auch einschlägige Formulare aus den mediterranen Gebieten des Frankenreichs erörtert werden; Dilcher, (Anm. 20) 172–177; Weitzel, (Anm. 2) 1118 ff.; Cesare Manaresi, *I placiti del „Regnum Italiae“*, Bde. 1–3 (Rom 1955–1960), zu den Jahren 776–1100.

doch früher als in Deutschland die aus der Schriftform und Herrschaftsnähe des Rechts resultierenden Einschränkungen erfahren haben, die noch zu schildern sein werden²².

Nun einige Bemerkungen speziell zur Entwicklung des städtischen Gerichtswesens Deutschlands im hohen und späten Mittelalter. Das geschilderte landrechtliche Organisationsmodell von Gerichtsbarkeit findet in die Stadt Eingang. Es wird am stadtherrlichen Gericht geübt. Seit dem 13. Jahrhundert wird es jedoch vielerorts durch den aufkommenden städtischen Rat und dessen Gerichtsbarkeit in seiner Bedeutung geschmälert. Der Rat zieht neben der ihm eigenen sogenannten Willkür- oder Statutargerichtsbarkeit nicht selten Bereiche des überkommenen Rechts, so z.B. die formgerechte Abwicklung von Grundstücksgeschäften und den Blutbann, an sich und versteht es, sich als Kontrollorgan oder als Rechtszugs- und späterhin als Instanzgericht über dem stadtherrlichen Gericht zu etablieren²³.

Das Verfahren des als Gericht agierenden städtischen Rates schließt nun zunächst einmal alle Nicht-Ratsmitglieder von der Entscheidung aus. Auch die Schelte der Ratsurteile ist unüblich, oder sie wird in den bedeutenden Städten gezielt unterbunden. Die Öffentlichkeit wird aber nicht nur im Bereich der Urteilsfindung ausgeschlossen, sie wird auch im Bereich des Verfahrens erheblich beschnitten. Die Gerichtssitzungen der städtischen Räte sind typischerweise nicht mehr vollöffentlich, sondern nur noch parteiöffentlich, d.h. allein den Parteien, ihren Vertretern und einigen „Freunden“ zugänglich²⁴.

Es sind diese Entwicklungen weg von der allgemeinen Gemeindeöffentlichkeit nicht in erster Linie durch die zunehmende Verschriftlichung des städtischen Lebens bedingt²⁵ – auch das Ratsverfahren blieb zunächst ein mündliches. Auch dürften die Einflüsse des gelehrten Rechts und seiner Gerichtsverfassung auf die städtischen Verhältnisse des 13. und 14. Jahrhunderts noch kaum Einfluß genommen haben. Vielmehr sind wir mit einem neuen Typ von Herrschaft konfrontiert, der kaufmännisch-ökonomische Rationalität und den Gestaltungswillen eines aufsteigenden Standes mit der Dichte der räumlichen Verhältnisse und förmlicher Rechtsgleichheit der Bürger zur Etablierung von Obrigkeit zu nutzen versteht.

²² Offenbar entschieden in den lombardischen Kommunen von Anfang an die Konsuln in Anwesenheit, doch unter Ausschluß des *populus*, vgl. *Dilcher*, (Anm. 20) 175 zu Mailand 1117.

²³ *Weitzel*, (Anm. 2) 1314–1326; *ders.*, Konstituierung (Anm. 20); *Pirmin Spieß*, Rüge und Einung dargestellt anhand süddeutscher Stadtrechtsquellen aus dem Mittelalter und der frühen Neuzeit (Speyer 1988); *ders.*, Die Konkurrenz zwischen „städtischer“ und „stadtherrlicher“ Strafgerichtsbarkeit im 13. und 14. Jahrhundert anhand Nürnberger und Speyerer Rechtsquellen, in: ZRG Germ. Abt. 18 (1981) 291–306.

²⁴ Insoweit unzutreffend *Hölscher*, (Anm. 4) 19 ff.

²⁵ Zu den Entwicklungen des Stadtrechts und zur Rolle der Schriftlichkeit dabei vgl. *Gerhard Dilcher*, „Hell, verständig, für die Gegenwart sorgend, die Zukunft bedenkend“. Zur Stellung und Rolle der mittelalterlichen deutschen Stadtrechte in einer europäischen Rechtsgeschichte, in: ZRG Germ. Abt. 106 (1989) 12–45.

Das Ratsregiment ist jedenfalls an der Fortführung der überkommenen Form von Gerichtsöffentlichkeit ersichtlich desinteressiert.

Am stärksten und mit höchst gravierenden Einbußen an Rechtssicherheit wurde die Gerichtsöffentlichkeit seit dem 14. Jahrhundert im Bereich der Strafrechtspflege beeinträchtigt. Die Entwicklungen des Inquisitionsprozesses, die Aufwertung des Geständnisses als *regina probationum* und die mit ihnen einhergehende Folter sind, wie heute allgemein anerkannt ist, aus dem kanonischen Verfahrensrecht erwachsen²⁶. Rezipiert und effektiviert wurden diese Instrumente weltlicherseits vornehmlich in der Stadt. Sie hatte sich im Spätmittelalter vieler Neider zu erwehren, fühlte sich in ihren ökonomischen Interessen durch fahrendes Volk, herrenlose Kriegsknechte und Raubritter bedroht. Das Geständnis wurde nicht öffentlich erfolgtert, sondern in den Kellern der Ratshäuser, in den Gefängnistürmen. Ratsherren traten im nachfolgend inszenierten „öffentlichen“ Verfahren des „endlichen Rechtstages“ als Zeugen gegen den „armen Sünder“ auf, dessen Stündlein – wie das der Gerichtsöffentlichkeit – zu Beginn der Neuzeit geschlagen hatte²⁷.

II. Akkustische Signale zur Herstellung von Gerichtsöffentlichkeit nach Landrecht

Die Tagung ist den Formen öffentlicher Kommunikation gewidmet. Ich will deshalb in einem zweiten Teil meiner Ausführungen Beobachtungen zur Herstellung und Sicherung von Gerichtsöffentlichkeit mitteilen. Es geht um Klage und Ladungen, um feierliche Eröffnungsformen und um die Kundbarmachung rechtlicher Akte, letzteres auch über die eigentliche Gerichtsversammlung hinausgehend. Der Schwerpunkt wird dabei auf akkustische Signale gelegt, was durchaus den historischen Gegebenheiten entspricht.

Versammlungen werden „einberufen“. Im Untersuchungszeitraum geschah dies durch Ausschreien und/oder Geläute. Das gilt für Versammlungen aller Art: Kirchen-, Dorf-, Bürger-, Zunft- und eben auch Gerichtsversammlungen. Bei Gerichtsversammlungen ist zunächst das gebotene Ding in Betracht zu ziehen, das durch die erwähnten Maßnahmen angekündigt werden mußte. Wie die Kirchenglocken zum Gottesdienst, die Sturmglocke zur Abwehr von Not und Feind, so rief die Gerichtsglocke alle Rechtsgenossen zum Gericht²⁸. Die Weistümer beschreiben meist eine doppelte Ankündigung des Gerichts: am Tag zuvor durch

²⁶ Winfried Trusen, Der Inquisitionsprozeß. Seine historischen Grundlagen und frühen Formen, in: ZRG Kan. Abt. 105 (1988) 168–230.

²⁷ Wolfgang Schild, Der „endliche Rechtstag“ als das Theater des Rechts, in: Peter Landau und Friedrich-Christian Schroeder (Hrsg.), Strafrecht, Strafprozeß und Rezeption (Frankfurt a. M. 1984) 119–144; Hölscher, (Anm. 4) 22; Constitutio Criminalis Carolina (1532) Art. 94–97.

²⁸ Grimm, (Anm. 1) 470.

Ausrufen, am Morgen des Gerichtstages durch Glockengeläut. Art und Dauer des Geläuts weisen dabei unterschiedliche Ausformungen auf²⁹. Insgesamt geht es aber stets darum, Läutezeichen und Beginn der Sitzung nach den jeweiligen Gegebenheiten in ein sinnvolles Verhältnis zueinander zu bringen. An manchen Orten soll dreimal oder gar neunmal geläutet werden, damit auch ja niemand sich herausreden könne. Gelegentlich werden mehrere Glocken eingesetzt, erst eine kleine, dann eine große, die schließlich zu einem gemeinsamen Schlußgeläut finden können. Belegt ist auch das Dauerläuten von einer Stunde.

Zum ungebotenen, echten Ding, dessen Termine kraft Rechtsgewohnheit feststanden, mußte an sich nicht geladen werden. Gleichwohl finden sich schon um 1230 das Ausrufen und das Geläute auch hier. Im Mühlhäuser Reichsrechtsbuch heißt es dazu: „Di heimburgi sal och bisende di burgeri, daz su cumin zu dir mali unde da sal min eini glockin zu luiti undi der mal sal he vieri sizzi bin deme halbin iari.“³⁰

Bezieht man das glockin luiti auf den Vorgang des Aufbietens der Bürger zum Gericht³¹, so wird hier das Geläute als Ankündigungs- und Erinnerungszeichen eingesetzt.

Nach dem Roten Buch von Bacharach soll man zu den drei ungebotenen Dingen die „hoffglock luden, daz aller menlich dar kome, da von wirt dem glockener XII firmas win“³².

Zumindest im Rhein- und Moselgebiet hat der weltliche Ladungsbrauch mittels Glockenrufs auf das geistliche Sendgericht übergreifen³³. Koenigers Sendquellen und Grimms Weistümer geben dafür Belege: die Sendordnung von Speyer 1492, die Sendordnung der Dekanate Süßthorn und Wassenberg 1607, das Sendweistum von Simmern unter Daun 1517 und das von Wintrich (in der Eifel)³⁴. Das Geläut geht auch hier auf Ankündigung des Gerichts und Herstellung einer größtmöglichen Teilnahme und Öffentlichkeit. Spezifisch religiöse Motivationen sind nicht erkennbar. Allerdings werden offenbar stets alle verfügbaren Glocken gleichzeitig geläutet.

Zum Notgericht mußte in Fällen der handhaften Tat und des Totschlags in Notwehr seit alters das Gerüfte erhoben werden³⁵. Die Geltendmachung der handhaften Tat verlangte, daß diese sobald als möglich offenkundig gemacht werde. Das Gerüfte ist der landesübliche Ruf, der die Nachbarn auffordert, zur Abwehr, Überwältigung oder Verfolgung des Verbrechers zu Hilfe zu eilen. Den Anforde-

²⁹ *Elsbeth Lippert*, Glockenläuten als Rechtsbrauch (Freiburg i.Br. 1939) 35 ff.

³⁰ *Lippert*, (Anm. 29) 24.

³¹ *Lippert*, (Anm. 29) 24 meint, es sei nur noch eine zur Rechtmäßigkeit der Sitzung erforderliche Förmlichkeit.

³² *Weistümer*, gesammelt von *Jacob Grimm*, Bde. 1–7 (Göttingen 1840–1878) Bd. II 223; weitere Belege: *Wollstein* 1486 (II 159), *Riekenbach* 1495 (I 209), *Gildweiler* (IV 55).

³³ *Lippert*, (Anm. 29) 26 f.

³⁴ *Albert M. Koeniger*, Quellen zur Geschichte der Sendgerichte in Deutschland (München 1910) 119, 179; *Weistümer*, (Anm. 32) II 147 und II 361.

³⁵ *Heinrich Brunner*, *Claudius Frh. v. Schwerin*, Deutsche Rechtsgeschichte, Bd. 2 (Berlin 1928) 305, 627 ff.

rungen genügte jedoch auch jedes andere zur Verklarung der Tat geeignete Not-, Zeter- und Wehgeschrei. Man denke nur an die genotzüchtigte Frau, von der deutsche und französische Quellen fordern, daß sie zum Beweis der Tat sogleich mit zerrissenem Gewand und zerrauten Haaren ein lautes Geschrei erhebe und jeden Erreichbaren, insbesondere die Nachbarn, um Hilfe angehe³⁶. Das Gerüfte oder Gerüchte war nach einem deutschen Rechtssprichwort der Klage Anbeginn, das heißt auch, daß es vor Gericht wiederholt bzw. wiederaufgenommen werden mußte³⁷. Mit demselben lauten Rufen und Schreien, mit dem man bewaffnet dem flüchtenden Übeltäter nachgesetzt hatte, wurde er schließlich auch vor Gericht verklagt. Dazu muß angemerkt werden, daß in älteren Quellen eine wesentliche Konnotation des Rechtswortes „klagen“ ohnehin die von rufen, schreien, jammern, lat. *lamentari*, ist³⁸. Waffengeschrei und Klaggeschrei stehen also in den Fällen handhafter Tat in enger Beziehung zueinander. Bei der Mordklage gegen den flüchtenden Täter, der trotz Nachteile nicht hatte gefaßt werden können, erschienen die Verwandten des Erschlagenen mit dem Leichnam vor Gericht. Sie waren (noch) bewaffnet. „Dreimaliges wehgeschrei erhebend zogen sie dreimal die schwerter aus; das hieß den mörder verschrein.“ Das Bacharacher Blutrecht liefert die folgende Beschreibung: „Die kläger, wenn sie vor gericht den mord beschreien, ziehen das schwert aus, nach dem ersten schrei wird der todte fürbaz getragen, nach dem dritten schrei thuen sie die schwerter wieder ein.“

Das Geschrei konnte auf „Rache, Rache, Rache“ lauten – so in Friesland. Es konnte aber auch auf Entrichtung der Mordbuße gehen: „Weh über N.N., der meinen lieben Bruder auf des Reiches Straße vom Leben zum Tode gebracht hat. Er war mir viel lieber als dreißig Pfund“ – so in Witzenhausen³⁹.

Wie das Waffengeschrei durch das Läuten der Sturmglocke, so wurde das Klaggeschrei allmählich in seinem Anwendungsbereich durch das Läuten der Gerichtsglocke eingeschränkt⁴⁰. Schon das Bacharacher Blutrecht bezeugt folgende, vom Fürsprecher des Klägers vorgetragene Aussage: „Alda wart der mörder ime fuorflutig, do was er ime nachvolgende uf des schaiches (Raub) fuise mit wofingeschrei, mit glockenklange, durch den düsteren walt, als lange bis in die schwarze nacht benam.“⁴¹ Der Fürsprecher bezeugt also vor Gericht, daß der Räuber mit Waffengeschrei und Glockengeläut durch den finsternen Wald verfolgt wurde, bis ihn die schwarze Nacht verschluckte.

Wo immer möglich wird schließlich die handhafte Klage mittels Glockengeläuts, das an die Stelle des früheren Gerüftes tritt, erhoben. Mancherorts ist offenbar auf diesem Wege das Glockengeläut allgemein zum Zeichen der peinlichen

³⁶ Grimm, (Anm. 1) 190 ff.

³⁷ Grimm, (Anm. 1) 517.

³⁸ Gerhard Köbler, Klage, klagen, Kläger, in ZRG Germ. Abt. 92 (1975) 1–20; Grimm, (Anm. 1) 488 f.

³⁹ Vgl. insgesamt Grimm, (Anm. 1) 519–521.

⁴⁰ Richard Schröder, Eberhard v. Künßberg, Lehrbuch der deutschen Rechtsgeschichte (Berlin 1932) 849 Note 16 b.

⁴¹ Grimm, (Anm. 1) 521.

Klage geworden. Das Freiburger Stadtrecht überließ es im 13. Jahrhundert bei blutigem Schlag dem Verletzten, ob er „mit der glocken“, das heißt peinlich klagen wollte oder nicht. Die Malefizordnung des 15. Jahrhunderts enthält die folgende Passage: „So man mit der glocken richten will umb den bluetenden slag (so läßt der Schultheiß läuten) zum ersten mit dem kleinen rautsglöcklin drü zeichen ufeinander und zu yedem zeichen drissig zug, danach glich darauf mit der großen glögken och so vil zeichen.“⁴²

Nicht erkennbar ist, ob durch dieses Geläut die gesamte Bürgergemeinde oder nur – was wahrscheinlicher ist – das urteilende Schöffenkollegium zusammengerufen wurde⁴³.

In einem nächsten Entwicklungsschritt erscheint das Glockengeläut nicht mehr nur als Ankündigungszeichen der Gerichtsversammlung, sondern es rückt zur Hegung und Enthegung des Gerichts, zeigt also die Gerichtseröffnung und -schließung an, wird so zur Wirksamkeitsvoraussetzung der ordnungsgemäß abgehaltenen Sitzung und zu einem nachdrücklichen Hinweis auf deren Öffentlichkeit. Die Glocken müssen läuten, *damit* das Gericht ordnungsgemäß gehegt werden kann. Schön bringt dies das Schöffensteium von Maischeid 1548 zum Ausdruck: „Hat ... der schultis die scheffen ... befragt, ob heut disses tages der gewisse gewöhnliche ... tag und zeit seie, seins gn.h. gericht dieß orts zu behegen...? darauf haben die scheffen gemeiniglich geantwortet: ja, die gerichtsglock habe so weit geschollen und die sonn so ferr geschienen, das man nunmehr gericht ... hegen möge.“⁴⁴

In Lebenau muß der Richter „das recht besizen biß man die liechtgloggen leit oder die stern am himel steen“⁴⁵.

Zur Sache spricht auch Art. 2 des Goslarer Bergrechts aus dem 14. Jahrhundert: „De clocke dar me prim unn nachsang mede to Vrankenberge deghelues pflegheet to ludende, de kündigt uns dat richte up deme Rammesberge to hegende unn ok to latende.“⁴⁶

Die Schiene, auf der das Glockengeläut zum Bestandteil des Gerichtsaktes selbst wurde, ist das Gebot des Gerichtsherrn. Je öfter das Geläut an die Stelle des Ausschreiens des Gerichtstermins durch einen Bediensteten des Gebotsberechtigten trat, destomehr wurde es mit dem Gebot des Herrn gleichgesetzt. Die Mißachtung des Glockengeläuts war Mißachtung der herrschaftlichen Banngewalt und stand als solche unter Bußandrohung. So, und gespeist auch durch andere Verwendungsweisen in öffentlich-weltlichen Belangen wurden die Glocken zu Symbolen der richterlichen und herrschaftlichen Banngewalt schlechthin⁴⁷. Das

⁴² Lippert, (Anm. 29) 23.

⁴³ Zur Entwicklung der Freiburger Gerichtsverfassung insoweit Weitzel, (Anm. 15) 100–104.

⁴⁴ Vgl. Lippert, (Anm. 29) 18; Weisthümer, (Anm. 32) VI 738.

⁴⁵ Lippert, (Anm. 29) 9.

⁴⁶ Lippert, (Anm. 29) 24.

⁴⁷ Grimm, (Anm. 1) 471: Heinrich Zoepfl, Alterthümer des Deutschen Reichs und Rechts, Bd. 1 (Leipzig 1860) 36.

Geläut wurde zum Huldigungszeichen. Die Berechtigung zum weltlichen Geläut symbolisierte die rechtmäßige Herrschaftsausübung. In zahlreichen deutschen und französischen Quellen wird die Gerichtsherrlichkeit durch Formulierungen ausgedrückt, die unter anderem auch den Glockenklang als dem Herrn zustehend erwähnen⁴⁸.

Von den gerichtsnahe Akten und Rechtshandlungen, zu denen durch Geläut geladen wurde oder die von Geläut begleitet waren, sollen nachfolgend einige vorgestellt werden. An manchen Orten wurden die Glocken anlässlich der Wahl und der Einsetzung von Gerichtspersonen geläutet. In Bern wurden aus diesem Anlaß nach einem Zeugnis vom Jahre 1477 die Glocken der St. Vinzenzpfarrkirche geläutet, und es wurde ein Hochamt gefeiert. Um einen Anwendungsfall von weitreichender Bedeutung, den man in seinen Anfängen nicht einmal als Sonderfall bezeichnen kann, handelt es sich beim Zusammentreten der Gemeinde anlässlich der Beschlußfassung über ein Weistum⁴⁹. Hier ist das Geläute seit 1374 bezeugt. Der urteilsförmige Stil der Gewinnung eines Weistums wird bei mehr oder weniger vom Grundherrn gesetzten Dorfordinungen verlassen, doch bleibt es bei der durch Glockengeläut einberufenen Dorfgemeinde. Insoweit bestimmt die Form der Rechtsfindung zunächst auch die der Normsetzung, zumal ja die dörfliche Gerichtsversammlung von der dörflichen Gemeindeversammlung nur angesichts der konkret behandelten Gegenstände zu unterscheiden sein dürfte und in beiden Situationen ein allseitiges Interesse an größtmöglicher Öffentlichkeit gegeben ist. Auf die Verkündung von Normen im Bereich der Stadt ist später einzugehen.

Als gerichtsnahe Rechtshandlungen unter Glockengeläut sind ferner bezeugt: die Einweisung in den Besitz, das Geläut zu Zinsterminen („-gerichten“) und – im Bereich von Schwarzwald, Basel und Elsaß – das Geläut bei Beschlagnahme und Einziehung verliehener Güter⁵⁰. Soweit Rechtsgründe für einen Heimfall von Herrngut gegeben waren, legte die Amtsperson in Gegenwart von Zeugen Beschlag auf das Gut nach vorhergehendem Glockengeläut. Dieses diente hier lediglich zur Bekanntmachung des Aktes. Von der Einberufung einer Gerichtsversammlung ist in den einschlägigen Quellen nicht die Rede. Doch läßt sich der Brauch wohl aus einem vor dem bei solchen Anlässen geübten, jedoch in Abgang gekommenen Gerichtstermin erklären.

⁴⁸ Eugen Wohlhaupter, Die Glocke im Recht, in: Schwäbischer Heimat-Bote, hrsg. vom Hist. Verein Günzburg 11 (1936) Hefte Nr. 1–4, hier Heft Nr. 2; Doris Stockmann, Die Glocke im Profangebrauch des Spätmittelalters, in: *Studia instrumentorum musicae popularis III*, Festschrift für Ernst Emsheimer, hrsg. von G. Hilleström (Stockholm 1974) 224–232, 225; Lippert, (Anm. 29) 52.

⁴⁹ Lippert, (Anm. 29) 27f.

⁵⁰ Lippert, (Anm. 29) 30f.; Zoepfl, (Anm. 47) 137.

III. Gerichtsöffentlichkeit und Glockengeläut in der Stadt

Die Glocken und ihr Geläut nahmen bekanntlich im Selbstbewußtsein des europäischen Bürgertums einen hohen Stellenwert ein. Wo man die Stadtfreiheit erlangen hatte, galten der Glockenturm und die Verfügungsgewalt über die städtischen Bannglocken als Zeichen städtischer Freiheit⁵¹. In Nordfrankreich und Flandern errichteten die Städte seit dem 12. Jahrhundert hohe, künstlerisch gestaltete Glockentürme (Belfriede)⁵². Es gab auch nicht nur eine, sondern mehrere Stadt- und Ratsglocken. Zahlreich sind die Auseinandersetzungen um Glocken und Läuterecht zwischen Kommunen und Stadtherren.

Im Alltagsleben der deutschen Stadt hatte die Glocke vielfältige Funktionen. Ihr Geläut zeigte z. B. den Marktbeginn und die mit ihm verbundene Geltung besonderer Rechtssätze an. Die Glocke, insbesondere die Ratsglocke, blieb auch Versammlungsglocke. Sie lud die Ratsherren zur Ratsversammlung. Sie lud auch noch lange die Bürgerschaft zum Burding, zur Bürgerversammlung. Das Burding war jedoch nicht Gericht, sondern in erster Linie Organ der Normsetzung bzw. die Versammlung, auf der der Rat der Bürgerschaft die von ihm gesetzten Normen verkündete und die Bürger auf deren Einhaltung (eidlich) verpflichtete⁵³. Insofern war der Rat an einem möglichst vollzähligen Erscheinen der Bürger interessiert. Der Gehorsam gegenüber dem Ruf der Glocken war ein Teil der im Bürgereid beschworenen Bürgerpflichten.

Das Gerichtsgeläute im alten, landrechtlichen Sinne kam jedoch schon im Spätmittelalter außer Gebrauch. Ein exakter Zeitpunkt ist schwer zu bestimmen, doch dürfte die Entwicklung in den bedeutenderen Städten zur Mitte des 13. Jahrhunderts bereits weit fortgeschritten oder gar abgeschlossen gewesen sein. So verdrängte z. B. in Freiburg i. Br. im Jahre 1248 ein neu entstehendes Schöffentum die Bürgergemeinde aus dem unter Vorsitz des Schultheißen tagenden Stadtgericht. Die vorgehend bereits angesprochenen Veränderungen in der Gerichtsverfassung und im Gerichtsverfahren der Städte können hier nicht im Detail erörtert werden. Generell gilt Folgendes. Neben das Stadtgericht trat der Rat als Gericht. Eine allgemeine Versammlung der Bürgergemeinde als Gericht fand nicht mehr statt. Das Urteil oblag den Ratsherren oder den Schöffen, vom Rat bestellten Richtherren, besonderen Urteilern, z. B. den Vorsprechern, nicht selten unter dem Einfluß eines gelehrten Stadt- und Gerichtsschreibers. Die Unterscheidung zwischen echtem und gebotenem Ding kam in Abgang. Gelegentlich lebte das echte Ding als ritualisiertes Schauspiel, in dem – jährlich einmal – die Übernahme der Gerichtsgewalt durch den Rat inszeniert wurde, fort⁵⁴.

⁵¹ Zum Nachfolgenden *Wohlhaupter*, (Anm. 48) Heft 2.

⁵² Vgl. dazu den Beitrag von *Raymond van Uytven* in diesem Band.

⁵³ Vgl. *Wilhelm Ebel*, *Die Willkür. Eine Studie zu den Denkformen des älteren deutschen Rechts* (Göttingen 1953); *ders.*, *Der Bürgereid als Geltungsgrund und Gestaltungsprinzip des deutschen mittelalterlichen Stadtrechts* (Weimar 1958); *Weitzel*, (Anm. 2) 1314–1326.

⁵⁴ *Wilhelm Ebel*, *Zum Ende der bürgerlichen Coniuratio reiterata*, in: *ZRG Germ. Abt.* 78 (1961) 319f. sowie (Anm. 53).

Der Ruf der Gerichts- oder der Ratsglocke zum Gerichtstermin gilt damit durchweg nicht mehr allen Bürgern, sondern nur noch den Personen, die qua Amtes oder als Parteien am Gericht zu tun haben. Das Läuten zeigt den Beginn der Gerichtsverhandlung an, zielt aber nicht mehr auf Herstellung einer möglichst umfassenden Bürgeröffentlichkeit. An der Mitwirkung und dem Konsens des „gemeinen Bürgers“ in Rechtsstreitigkeiten ist dem Rat nicht gelegen. Belege für die Anzeige des Gerichtsbeginns zugunsten der Betroffenen bieten die Wiener Sachwalterordnung von 1570: „Wann die schranngloggen zu denen gewendlichen gerichtstagen geleut wüerd, ain jeder procurator mit seiner partei vor gericht erscheine“⁵⁵ und das Stadtrecht von Rheinfelden 1616: „Es sollen die jenigen, so dass gericht zuegebrauchen uf die gerichtstäg, wan man das ratsglocklin verleüet, sich bey zeit herzu machen.“⁵⁶

Eine strafprozessuale Übergangssituation, in der das Läuten die Bevölkerung noch zur Urteilsverkündung locken soll, schildert das Stadtrecht von Isny 1445: „Wenn ain raut über ainen schädlich man die urtail spricht und gefallet, sol man in erst uss dem turn füren und in den stok legen und daruff als man in in den stok leget, sol man denn die grossen gloggen über in lüten und darnach als sich das folk samlet, die schuld und mißtaut verlesen und verkünden.“⁵⁷ Das peinliche Urteil ist hier bereits – unter Ausschluss der Öffentlichkeit – gefällt: Vom Rat, anderswo von den meist vom Rat abhängigen Schöffen oder auch von Rat und Schöffen gemeinsam. Danach wird mittels Glockengeläut zur Verkündung des Urteils in einem Schlußzeremoniell Öffentlichkeit hergestellt. Mit der Carolina wird dies 1532 als (subsidiäres) Reichsrecht festgeschrieben. Wie der gesamte „endliche Rechtstag“, so ist auch das Glockenläuten nur noch ein Schemen einstiger Gerichtsöffentlichkeit⁵⁸.

Unter solchen Gegebenheiten rufen schließlich im 16. Jahrhundert die Glocken häufig nicht mehr *zum* Gerichtstermin, sondern sie läuten ihn mit der Urteilsverkündung *ab*⁵⁹. Das Geläut stellt sich damit zum Vollzug der peinlichen Strafe, die es gelegentlich durch gesteigerte Öffentlichkeit zu schärfen und in präventiver Absicht einzuschärfen sucht. Dieses Läuten verbindet sich mit älterem Läutebrauch, der bei Schandstrafen und bei der Stadtverweisung zur Steigerung der Publizität der Maßnahme herkömmlich war. So z. B. in Aachen 1477: „Ist mitt glautt der schellen der statt verweist einer dieser statt baumeister.“⁶⁰

Hingegen ist ein Einfluß der seit dem späten 12. Jahrhundert belegten kirchlichen Übung, bei der feierlichen Exkommunikation nicht nur Kerzen auszulö-

⁵⁵ Lippert, (Anm. 29) 32.

⁵⁶ Lippert, (Anm. 29) 32.

⁵⁷ Lippert, (Anm. 29) 31.

⁵⁸ Vgl. (Anm. 27), auch Art. 82 der Carolina zum „Beläuten des Gerichts“.

⁵⁹ So offenbar in Nürnberg und Worms um 1500, vgl. Lippert, (Anm. 29) 32 f.

⁶⁰ Lippert, (Anm. 29) 33 ff. mit weiteren Belegen für Freiburg i.Br. (1282), lübisches Recht (Kiel 1545) und Wohlhaupter, (Anm. 48) Heft 2 für die Hansestädte.

schen und zu Boden zu werfen, sondern auch die Glocken der Kirche zu läuten⁶¹, auf das Näherrücken von Geläut und weltlicher Strafe nicht ersichtlich.

Künftighin sicherte die Identifizierung mit dem herrschaftlichen Gebot dem in sich selbst funktionslos gewordenen Geläut das Überleben: Es wurde zum feierlichen Ausdruck der Ernsthaftigkeit des obrigkeitlichen Willens, unterstrich die Bedeutungsschwere des ergangenen Urteils. Wir haben das Endstadium des gerichtlichen Läutebrauchs erreicht, der jetzt nur noch die Hinrichtung begleitet: Das Läuten mit der Armsünderglocke. Nach Lippert⁶² begegnet dieses Läuten „erst verhältnismäßig spät“. So im Buch Weinsberg zum Jahre 1550: „Haben der greif und scheffen sei am torn unfangen, an das hohegericht geleidt, die klock gelaut und die richterboden haben die gefangen an den galgen geleidt.“⁶³ Mit diesem Geläut verbindet sich oftmals die Fürbitte für den Hinzurichtenden. Möglicherweise kannte man nicht überall eine besondere Armsünderglocke. Aus dem Frankfurt des 18. Jahrhunderts berichtet jedenfalls ein Beobachter, es sei anlässlich einer Hinrichtung die „Sturm-glocke“ geläutet worden⁶⁴.

Das Hinrichtungsgeläut war offenbar sehr weit verbreitet⁶⁵ und hat sich in Deutschland bis in die letzten Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts erhalten: „Die Vollstreckung des Todesurteils wird durch das Läuten einer Glocke angekündigt, welches mit dem Austritt des Verurteilten beginnt und bis zum Schluß der Hinrichtung fort dauert.“ - Badisches Gesetzblatt 1881, Seite 21.

⁶¹ *Wohlhaupter*, (Anm. 48) Heft 4.

⁶² *Lippert*, (Anm. 29) 34.

⁶³ *Weisthümer*, (Anm. 32) I 340.

⁶⁴ *Lippert*, (Anm. 29) 34.

⁶⁵ In Spanien ging vor dem zur Richtstätte geführten Verbrecher ein Mann mit einer Schelle her: *Wohlhaupter*, (Anm. 48) Heft 2 Anm. 47.